

des Art. 14 Abs. 1 GG, die für das Verständnis dieses Rechtsgebiets unabdingbar ist. Beim Presse- und Rundfunkbegriff wurde nicht hinreichend zwischen verfassungsrechtlicher und einfachgesetzlicher Begrifflichkeit unterschieden. Rundfunk jedenfalls ist als schützendes Grundrecht anders zu interpretieren als derselbe Begriff in einer einfachgesetzlichen Norm, die Rundfunk genehmigungspflichtig macht. Ob für die „Definition des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ tatsächlich „das Zielsystem“ grundlegend ist, steht zu bezweifeln. Im Übrigen ist noch von Rundfunkgebühr die Rede. Das Zugangserschwerungsgesetz, das bereits in der Einführung erwähnt wird, hat keine praktische Bedeutung erlangt. Die Darstellung, die mit „Systematik medienrelevanter Rechtsquellen“ überschrieben ist und faktisch die Normenpyramide darstellen soll, ist missglückt, da das „Internationale Recht“ über das Europarecht gestellt und die Verfassungen der Länder dem Bundesrecht übergeordnet wurden.

Die interessantesten Antworten auf die gestellten Fragen beziehen sich auf den Föderalismus, der als ursächlich dafür gesehen wird, dass in Deutschland keine grundlegende Umgestaltung des Medienrechts erfolgt sei. Zudem wird die mangelnde Abstimmung zwischen Bund und Ländern kritisiert. Da die Zusammenlegung der Regulierungskompetenzen von Bund und Ländern nicht ohne Änderung des GG möglich ist, wird ein Medienrat gefordert, der für eine bessere Abstimmung zwischen Medienrecht und medienrelevantem Wirtschaftsrecht sorgen soll.

Als Ersatz für ein klassisches medienrechtliches Lehrbuch wird „Medienregulierung in Deutschland“ kaum dienen können. Für die im Vorwort und in der Einleitung erwähnten Zielgruppen ist ein umfassendes und sehr vertieftes Lehrbuch entstanden, mit dem der Leser die unterschiedlichsten Facetten der Medienregulierung kennenlernen kann.

Frank Fechner

Christian Stegbauer [Hrsg.] Ungleichheit

Medien- und kommunikationssoziologische
Perspektiven

Wiesbaden : VS, 2012. – 348 S.

ISBN 978-3-531-17602-4

Schon früh hat sich die Forschung ungleichheitsbezogenen Effekten der Medienverbreitung zugewandt und so beispielsweise ab Ende der 1940er Jahre in empirischen Arbeiten die

schichtspezifische Rezeption medialer Informationskampagnen unter die Lupe genommen. Tichenor und Kollegen (1970) zeichnen in ihrem klassischen Aufsatz zur Wissensklufftforschung vor, was bis heute als eine grundlegende Erkenntnis zum Zusammenhang von Ungleichheit und Medien gelten kann: „[T]he mass media seem to have a function similar to that of other social institutions: that of reinforcing or increasing existing inequities“ (Tichenor/Donohue/Olien 1970: 170).

Der von Christian Stegbauer herausgegebene Sammelband „Ungleichheit. Medien- und kommunikationssoziologische Perspektiven“ versammelt dabei Beiträge zum Thema, die sich so unterschiedlichen Aspekten der Ungleichheitsthematik widmen, dass keine zusammenfassende Grundaussage des Bandes festgehalten werden kann – was aber an sich kein Manko ist, sondern für die Vielfalt des Themas und der hier besprochenen Publikation spricht. Inhaltlich ist der aus einer Tagung hervorgegangene Sammelband in vier Abschnitte unterteilt: Die ersten sieben Beiträge sind dem Bereich „Öffentlichkeit und Massenmedien“ zugeordnet, zwei Beiträge firmieren unter der Überschrift „Migration“, drei Artikel widmen sich dem Bereich „Gender“ und die letzten drei Arbeiten sind zum Unterkapitel „Ungleichheitsproduktion in den Medien“ zusammengeführt. Da die insgesamt 15 Beiträge hier nicht im Einzelnen gewürdigt werden können, werden im Folgenden jeweils pro Teilbereich ein bis zwei Beiträge herausgestellt.

Kurt Imhof leitet mit einer Ausarbeitung zum „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ den Teilbereich „Öffentlichkeit und Massenmedien“ ein und nimmt hier eine Relativierung des medialen Einflusses vor: So führt Imhof aus, dass der Wandel von Öffentlichkeit zwar auf die Ausdifferenzierung des Mediensystems (Konzentrationsprozesse, Orientierung an Marktlogiken, Medialisierungseffekte in der Politik) zurückzuführen sei und in einer Reduktion medialer Pluralität, einer Personalisierung des Politischen und einer sinkenden gesellschaftlichen Partizipation bildungs- und einkommensschwächerer Schichten zum Ausdruck komme. Gleichzeitig weist Imhof jedoch darauf hin, dass die Politik hinsichtlich ökonomischer Prozesse an Regulationskompetenz verliere, nationalstaatlich begrenzte Öffentlichkeiten einen Bedeutungsverlust erlitten und fortschreitende Segregationsprozesse die öffentliche Teilhabe ganzer Bevölkerungssegmente unwahrscheinlich mache, was jenseits der Ausdifferenzierung des Mediensystems eine Veränderung politischer Öffentlichkeit im-

pliziere, aber bislang zu wenig beachtet sei. Im gleichen Unterkapitel zeigen Schäfer, Schmidt und Zeckau in einem empirischen Beitrag, dass in Grenzregionen (z. B. an der deutsch-tschechischen oder deutsch-luxemburgischen Grenze) lokale Printmedien transnationale Einkommensungleichheiten thematisieren, das heißt, über nationalstaatliche Grenzen hinaus öffentliche Situations- und Problemdefinitionen erfolgen. Die qualitative Arbeit weist dabei sehr schön nach, dass im Falle einer einkommensbezogenen Besserstellung der deutschen Seite die transnationalen Ungleichheiten in den Printmedien als Bedrohung dargestellt werden, während insbesondere im Hinblick auf das höhere Durchschnittseinkommen in Luxemburg die deutschen Lokalmedien entsprechende Ungleichheiten mit sozialpolitischen Forderungen verbinden.

Im Unterkapitel zu Ungleichheit und Migration arbeitet Heike Greschke am Beispiel des Diskussionsforums Cibervalle kommunikative Praktiken der Zugehörigkeit und Distinktion heraus. Cibervalle ist ein virtueller Treffpunkt für Paraguayer aus der ganzen Welt, wobei das Forum für die in Migration lebenden Nutzer tendenziell Zugehörigkeit produziert, während die im Land lebenden, meist einer Bildungselite zugehörenden Nutzer das Forum als „Fenster zur Welt“ verstehen. Neben der spezifischen ethnischen Vergemeinschaftung im Virtuellen lassen sich in dem Forum gleichzeitig jedoch – insbesondere entlang der schriftsprachlichen Ausdruckskompetenz – auch Distinktionspraktiken beobachten, die die sozialstrukturellen Unterschiede der Nutzer sichtbar machen und Zugehörigkeitsbestrebungen unterwandern könnten. Im Unterkapitel zu Ungleichheit und Gender beschäftigt sich Kathrin F. Müller mit der Rezeption von Frauenzeitschriften, die sie als Reaktion auf mediale und lebensweltliche Ungleichheiten interpretiert. Müller hebt dabei einerseits hervor, dass die Rezeption der Frauenzeitschrift „Brigitte“ die Kenntnisnahme geschlechtsgebundener Alltagserfahrungen, die in anderen Medien ausgeschlossen sind, ermöglicht und somit in spezifischer Weise weibliche Alltagskultur konstituiert. Andererseits weist die Autorin aber auch darauf hin, dass die teils verschämte Rezeption von Frauenzeitschriften Ungleichheiten der Geschlechter fortschreibt, was in das recht vorsichtige Fazit mündet, dass in der Rezeption von Frauenzeitschriften „wenig Potenzial für die Initiierung von gesellschaftlichem Wandel“ (276) liege.

Kai Dröge widmet sich im letzten Unterkapitel zur „Ungleichheitsproduktion in den Medien“ Repräsentationsformen sozialer Un-

gleichheiten auf Online Dating Sites. Dröge stellt anschaulich dar, dass die internetbasierte Partnersuche sehr viel expliziter Ungleichheitsmarker (Bildungsabschluss, Einkommen, Fitness) abfragt als dies in der üblichen Anbahnung von Partnerschaften der Fall ist, weshalb Ungleichheitsrelationen stärkeren Einfluss auf Sozialbeziehungen gewinnen. So interessant diese Fallstudie zu transitorischen Sozialbeziehungen ist, so wenig nachvollziehbar ist gleichzeitig Dröges Feststellung einer „Ungleichheitsblindheit der Internetsoziologie“. Hierzu führt Dröge aus, dass die Internetsoziologie sich lediglich mit Ungleichheiten des Internetzugangs und der Nutzungskompetenzen beschäftigen. Es sei aber vielmehr von Nöten, zu „untersuchen, inwiefern das Netz auch und gerade für jene, die es aktiv und kompetent nutzen, einen Ort der Produktion und Reproduktion sozialer Ungleichheiten darstellt“ (281). Diese Forderung läuft insofern ins Leere, als dass die Digital-Divide-Forschung, die die ungleichheitsbezogenen Aspekte von Internetzugang, -nutzung und -wirkung fokussiert und sicherlich als ein zentraler Forschungszweig der Internetsoziologie gelten kann, seit nunmehr einem Jahrzehnt sich in schon fast übertriebener Ausdifferenzierung dieser Forschungsfrage widmet. So lässt sich die eingangs zitierte Aussage von Tichenor und Kollegen – nach der Massenmedien in erster Linie soziale Ungleichheiten verstärken oder reproduzieren – auch als zwischenzeitlich hundertfach bestätigte Erkenntnis der empirischen Digital-Divide-Forschung festhalten. Abschließend lässt sich deshalb konstatieren, dass man Medien-, Kommunikations- und auch Internetsoziologie zwar einiges vorwerfen kann, aber ungleichheitsblind sind sie nicht – wovon der in jeder Hinsicht heterogene und gerade deshalb empfehlenswerte Sammelband ein stichhaltiges Zeugnis gibt.

Nicole Zillien

Literatur:

- Tichenor, P. J.; Donohue, G. A.; Olien, C. N. (1970): Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge. In: *The Public Opinion Quarterly* 34(2), S. 159-170.